Präsident Obama beim Truppenbesuch in Fort Campbell: *„Wir halten die Leine sehr kurz“*

M. MCDERMOTT / POLARIS / STUDIO X

USA

Bushs Erbe

Wenn es um Amerikas Sicherheit geht, ist Friedensnobelpreisträger Barack Obama so rücksichtslos entschlossen wie sein Vorgänger. Jetzt ließ er seinen geheimen Drohnenkrieg zur offiziellen Regierungspolitik erklären.

Der Präsident sitzt an diesem Montagnachmittag im Weißen Haus, die Kamera ist auf ihn gerichtet, er redet mit handverlesenen Internetnutzern, die sich für eine Gesprächsrunde per Video zuschalten dürfen. Es sind eher seichte Themen, über die Präsident und Bürger sich austauschen, etwa der Segen, Töchter zu haben, oder die Frage, ob Barack Obama nicht Lust verspüre, vor der Kamera ein Tänzchen aufzuführen. Und dann, mitten in dieses Geplänkel hinein, erscheint „Evan aus Brooklyn, New York“ im Bild und will wissen, wie es denn um den Drohnenkrieg stehe. Ob der Präsident nicht die Grenzen von Moral und Gesetz überschreite, wenn er per Knopfdruck Menschen töten lasse, die vielleicht unschuldig seien?

Offen über Amerikas Drohnenkrieg in Pakistan zu reden, war für Regierungsmitglieder bislang eine Art Geheimnisverrat, kein Wort mieden Obamas Mitarbeiter so panisch wie das Wort „Drohne“. Aber an diesem Montag Ende Januar findet der Präsident nichts dabei, das Unwort gleich mehrfach auszusprechen. Bei dem Drohnenkrieg – dem Einsatz ferngelenkter, unbemannter Flugkörper, ausgestattet mit schlagkräftigen Präzisionswaffen – gehe es darum, die Führer von al-Qaida auszulöschen, gibt er bereitwillig Auskunft. Sorgen um die Rechtmäßigkeit solchen Tuns müsse sich niemand machen: „Wir halten die Leine sehr kurz.“

Es ist das erste Mal, dass der Präsident der Vereinigten Staaten öffentlich über das geheime Drohnenprogramm spricht, so nebenbei, so selbstverständlich, dass sich die Frage stellt, ob es ihm gar nicht mehr auffällt, wie brisant seine Worte eigentlich sind. Denn dieser Krieg, sosehr sich die Amerikaner auch an ihn gewöhnt haben, ist ein Tabubruch: Unter Federführung des Geheimdienstes CIA werden irgendwo auf der Welt Menschen per Knopfdruck getötet – ohne Anklage, ohne die Verpflichtung, Beweise für ihre

Schuld vorzulegen. Es ist ein Krieg, der nicht an die üblichen Regeln gebunden ist, der Einsatz eines Tötungskommandos, das sogar auf eigene Landsleute zielt.

Eigentlich war Barack Obama angetreten, die „imperiale Präsidentschaft“ von George W. Bush zu beenden, dessen Regierung sich eine Machtvollkommenheit angemaßt hatte, wie es sie seit Richard Nixons Watergate-Skandal nicht mehr gegeben hat. So hatte Obama versprochen, das Gefangenenlager Guantanamo zu schließen, die menschenrechtswidrigen Foltermethoden zu beenden. Er hatte der Geheimniskrämerei der Regierung Bush den Kampf angesagt und deren umstrittenen Abhörprogrammen. Seine Regierung sollte transparenter werden, offener, ehrlicher, weniger kriegerisch. Obama, der studierte Verfassungsrechtler, wollte Amerika wieder auf die Grenzen des Rechtsstaats verpflichten.

Von seinen Versprechen, soviel steht nach drei Jahren im Amt fest, ist wenig geblieben. Zwar verbot Obama die Folterpraktiken der Vorgängerregierung, aber die unbegrenzte Inhaftierung von Terrorverdächtigen konnte auch er nicht abschaffen. Guantanamo ist immer noch in Betrieb, auch künftig soll es dort Prozesse vor Militärgerichten geben. Für seine grimmig harte Haltung im inzwischen wieder weltweit geführten Anti-Terror-Krieg erntete er Lob ausgerechnet vom ehemaligen Vizepräsidenten Dick Cheney, der für alles steht, was Obama einst bekämpfen wollte (SPIEGEL 39/2011).

Wenn es um die nationale Sicherheit geht, greift der Demokrat mindestens ebenso bedingungslos durch wie sein Vorgänger, und viele sagen, er sei mit seinem Drohnenkrieg längst den entscheidenden Schritt weitergegangen. Im Schnitt lässt der Friedensnobelpreisträger jeden vierten Tag eine raketenbestückte Drohne aufsteigen, Vorgänger Bush schickte nur an jedem 47. Tag eine Drohne los.

Über 2300 Menschen haben die Amerikaner schon auf diese Weise exekutiert, vornehmlich bei der Jagd auf Taliban, die sich im pakistanischen Grenzgebiet zu Afghanistan versteckt halten. Auch gegen die somalischen Piraten könnte Obama künftig Drohnen einsetzen. Und zu den Opfern zählen bisher drei amerikanische Staatsbürger, die eigentlich den besonderen Schutz der US-Verfassung genießen. Der Erste war der Islamisten-Prediger Anwar al Awlaki, geboren in New Mexico, den ein Drohnenangriff im Jemen tötete.

Dass dieser Krieg per Knopfdruck der Kern einer neuen Obama-Doktrin zur Kriegsführung sein könnte, fürchteten Menschenrechtsorganisationen, aber auch US-Strategen schon seit längerem. Vorigen Montag räumte das Team Obama die letzten Zweifel daran aus, dass die gezielte Tötung selbst von US-Bürgern nunmehr offizielle Regierungspolitik ist.

Vor einer Woche nämlich hielt Amerikas Justizminister Eric Holder eine Rede an der Northwestern University School of Law in Chicago – nicht weit entfernt von jenem Campus, auf dem ein junger Rechtsdozent namens Barack Obama Studenten einst beibrachte, wie Freiheit und Sicherheit vereinbar bleiben.

Holder machte deutlich, dass ihm die Sicherheit mittlerweile das höhere Gut ist. Es sei nicht immer möglich, einen Terroristen mit amerikanischem Pass festzunehmen, dozierte er, während dieser eine Attacke gegen die Vereinigten Staaten plane. „In einem solchen Fall hat die Regierung ganz klar die Vollmacht, die USA mit tödlicher Gewalt zu verteidigen.“

Den Chefjuristen Holder plagt kein schlechtes Gewissen. „Die Verfassung garantiert ein ordentliches Verfahren“, dozierte er in Chicago kühl, „aber nicht unbedingt ein Gerichtsverfahren.“

Es müssten nur ein paar Voraussetzungen erfüllt sein, so Holder, um eine „Zielperson“ mittels einer Drohne hinrichten zu dürfen. Der Gesuchte müsse bei der Qaida oder ihren Verbündeten in verantwortlicher Stellung aktiv sein, also ein „enemy combatant“ sein, ein feindlicher Kämpfer. Er müsse eine Attacke gegen Amerika planen und sich in einem Land aufhalten, das den USA Erlaubnis zum Zuschlagen erteilt habe. Und eine Festnahme des Verdächtigen müsse zu dem Zeitpunkt nicht möglich sein.

Wann eine Bedrohung genau vorliegt, welche Beweise regierungsintern nötig sind, wie eine Möglichkeit zur Festnahme geprüft werden soll – all dies ließ Holder offen.

Diese rechtliche Grauzone tritt umso deutlicher hervor, je offener Amerikas „Drohnenabhängigkeit“ („Washington Post“) erkennbar wird. 2002 gaben US-Militärs für Drohnen rund 550 Millionen Dollar aus, heute sind es beinahe 5 Milliarden Dollar. Tendenz: dramatisch steigend. Die US-Luftwaffe trainiert mittlerweile mehr Piloten für Drohneneinsätze als für Kampfflieger, erst im Herbst wurden neue Startbasen bekannt, in Äthiopien und auf den Seychellen.

Wie kam es zu dieser Begeisterung für die leisen Killer? Obama-Kritiker glauben, dem Präsidenten kämen sie zupass, weil die Beseitigung des Gegners nun einmal schneller und unkomplizierter sei als Festnahmen von und langwierige Prozesse gegen Top-Terroristen. Am Beispiel Osama Bin Laden habe Obama das vorexerziert.

„Absurd“ nennen Regierungssprecher derlei Spekulationen. Sei eine Ergreifung von Terroristen möglich, habe diese stets Vorrang. Unbestritten ist aber, was Drohnen zu so attraktiven Waffen macht: Sie können selbst in unwegsamstem Gelände zuschlagen, sie versetzen Top-Terroristen

POLARIS / LAIF

Drohne auf einer Startbahn in Afghanistan: *Töten auf Knopfdruck*

ASIF HASSAN / AFP

Proteste gegen US-Militäreinsätze in Pakistan: *2300 Menschen exekutiert*

in größeren Schrecken als jedes Elitekommando, weil sie kaum sichtbar und nahezu lautlos sind. Vor allem aber, das ist im kriegsmüden Amerika von besonderer Bedeutung, gefährdet ihr Einsatz das Leben keines einzigen amerikanischen Soldaten.

Obwohl es auch die massive Kritik am Irak-Krieg seines Vorgängers war, die Obama ins Weiße Haus getragen hatte, erlaubt ihm nun der aus der Ferne geführte Krieg, den Anti-Terror-Kampf weit entschlossener fortzuführen, als es die meisten seiner Anhänger erwartet hatten. In seinem ersten Amtsjahr schickte Obama nicht nur mehr Soldaten nach Afghanistan, er stockte auch die Zahl der CIA-Mitarbeiter in Pakistan auf.

Überdies unterzeichnete der Präsident den umstrittenen National Defense Authorization Act (NDAA). Danach darf das amerikanische Militär künftig Bürger jeglicher Nationalität überall auf der Welt ergreifen und sie ohne Gerichtsverhandlung auf unbestimmte Zeit inhaftieren.

Dabei ist höchst umstritten, ob die Tötungen per Fernsteuerung Amerikas strategischen Zielen wirklich dienen – der Drohneneinsatz zeigt nämlich bereits unerwünschte Nebenwirkungen.

Solche Attacken schafften in Ländern wie Pakistan jede Menge Märtyrer, warnt Jeffrey Smith, ehemals Chefjurist der CIA. Immerhin sollen die Drohnen laut Schätzungen siebenmal so viele Mitläufer töten wie hochkarätige Terroristen.

Eine Umfrage des Pew Research Center ergab, dass 97 Prozent der Pakistaner die ferngesteuerten Attacken zuwider sind. Faisal Shahzad, der im Mai 2010 auf dem New Yorker Times Square eine Bombe zu zünden versuchte, antwortete auf die Frage nach Gewissensbissen über mögliche unschuldige Opfer: „Amerikas Drohnen sehen auch nicht, ob sie Kinder töten oder Erwachsene. Sie töten einfach alle."

Selbst US-Außenministerin Hillary Clinton und der ehemalige Generalstabschef Mike Mullen erhoben intern Einwände gegen den Drohnenregen auf Pakistan – die Militärschläge schwächten die ohnehin wackelige Regierung von Präsident Asif Ali Zardari weiter, argumentierten sie. Als voriges Jahr Nato-Truppen versehentlich 24 pakistanische Soldaten an der afghanisch-pakistanischen Grenze töteten und Proteste gegen Zardari hochkochten, stellte die CIA die Drohnenflüge auf Bitten Islamabads ein. Doch kurz darauf setzte der Geheimdienst durch, dass die leisen Killer wieder über Pakistan surren dürfen.

Peter Singer, Militärexperte der Brookings Institution in Washington, sieht in dieser neuen Lust am risikolosen Töten die größte Gefahr des Drohnenprogramms. „200 Jahre lang waren amerikanische Kriegserklärungen immer damit verbunden, dass so ein Krieg auch US-Menschenleben kosten würde." Das sei im Zeitalter der Drohnen ganz anders – und werde die Bereitschaft zu Militärschlägen erhöhen.

REUTERS TV / REUTERS

Kontrollraum in iranischer Atomanlage: *Möglicher Präventivschlag gegen ein anderes Ziel?*

Auch für diese Behauptung bietet die Holder-Rede Hinweise. Dass ausgerechnet die Obama-Administration zur Doktrin des weltweiten Kampfes gegen den Terror zurückkehrt, erzürnt Bürgerrechtler und Friedensaktivisten. Einige Völkerrechtler sorgen sich dagegen über einen besonders dubiosen Satz des Justizministers.

Die Stelle in der Rede Holders behandelt die Frage, von welchem Zeitpunkt an die Vereinigten Staaten ihr „Recht auf Selbstverteidigung" mit tödlicher Waffengewalt gegenüber Einzelpersonen geltend machen können. Ein „imminent threat", eine unmittelbare Bedrohung, so sagt das Völkerrecht, ist der früheste Zeitpunkt fürs Zuschlagen. In die „Bewertung", ob eine solche Bedrohung vorliege, sagt Holder nun, müsse auch eingehen, ob die „Gelegenheit zum Handeln" günstig sei, wie groß „der Schaden für Zivilisten" wäre, wann die Gelegenheit verstreichen würde und welche Wahrscheinlichkeit dann noch bestehe, „künftige verheerende Attacken auf die Vereinigten Staaten zu verhindern".

Wer so redet, sagen die Völkerrechtler, könnte auch einen Präventivkrieg vorbereiten. Denn der Justizminister spricht hier Themen an, die sie mit größter Skepsis betrachten: Vorsorgliche Erwägungen der Effektivität können keinen Militärschlag rechtfertigen – sei es gegen einzelne Terroristen, sei es gegen andere Staaten.

Erst wenn der Gegner seine Waffe erhoben hat, ist ein Angriff „imminent" und kann einen Gewaltakt der Selbstverteidigung rechtfertigen – dies ist die herrschende Ansicht unter Völkerrechtlern.

Deshalb fürchten die Experten, dass Holders Argumentation für den Anti-Terror-Krieg auch geeignet wäre als Rechtfertigung für mögliche künftige Militärschläge des Oberbefehlshabers Obama. Der Kölner Völkerrechtsprofessor Claus Kreß, ein international gefragter Kenner des Kriegsrechts made in USA, hält es „nicht für ausgeschlossen", dass Obamas Chefjuristen bei ihren Rechtfertigungen für den Drohnenkrieg im Hinterkopf bereits an einen möglichen Präventivschlag gegen ein anderes Ziel gedacht haben könnten – gegen Iran.

Denn auch ein militärischer Einsatz gegen das Atomprogramm der Mullahs, den Obama für denkbar hält, wenn nachweisbar klar ist, dass Iran anders am Bombenbau nicht mehr gehindert werden kann, wäre juristisch nur mit Erlaubnis des Uno-Sicherheitsrates möglich. Dessen Zustimmung aber würde wohl am Veto der Russen und der Chinesen scheitern. Also käme es darauf an, ob sich die Vereinigten Staaten gemäß Artikel 51 der Uno-Charta auf ihr „naturgegebenes" Selbstverteidigungsrecht berufen könnten. Dieses aber setzt voraus, dass Iran quasi seine Waffen gegen Israel oder Amerika erhoben hat. Eine geplante, ja selbst eine gebaute Atombombe wäre nach herkömmlichem Verständnis für sich genommen kein unmittelbar bevorstehender Angriff.

Es sei denn, die Welt der Kriegsrechtler sieht ein: Ein präventiver Schlag gegen die Atomanlagen Irans ist die letzte Möglichkeit, die unkontrollierte Verbreitung von Nuklearwaffen und die drohende Vernichtung Israels zu verhindern.

War es das, was Holder der Welt über seine Rechtfertigung des Anti-Terror-Kampfes hinaus sagen wollte?

Thomas Darnstädt,
Marc Hujer, Gregor Peter Schmitz